

## Ohne Wirtschaftsreform kein Ausweg aus der Krise

---

Prof. Dr. H. G. Jiří Kosta, Jahrgang 1921, ist seit Ende 1970 Professor für Volkswirtschaftslehre, insbes. sozialistische Wirtschaftssysteme an der Universität Frankfurt a. M. Er war von 1962 bis 1968 Mitarbeiter des Ökonomischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Er war engagierter Teilnehmer der Reformbewegung des Prager Frühlings von 1968.

Ein Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Nachkriegspolens zeigt, daß es jeweils gravierende Verschlechterungen der materiellen Lebensbedingungen waren, die zum Aufbegehren und zu Revolten der polnischen Bevölkerung geführt hatten.<sup>1</sup> So schlugen im Sommer 1956 anlässlich einer drohenden Senkung der Real-löhne in einem Posener Betrieb zur Herstellung von Eisenbahnzügen die Demonstrationen streikender Arbeiter in militante Angriffe auf örtliche Partei- und

---

<sup>1</sup> Vgl. u. a.: Armin Th. Dross (Hrsg.). Polen. Freie Gewerkschaften im Kommunismus? Reinbek 1980; Janusz G. Zielinski, Economic Reforms in Polish Industry. London-New York-Toronto 1973

Polizeieinrichtungen um. Der Aufruhr der Demonstranten wurde von bewaffneten Kräften gewaltsam unterdrückt, die Organisatoren eingesperrt. Ähnlich entwickelten sich die Ereignisse an der Ostseeküste im Dezember 1970, als Werftarbeiter auf die angekündigten Preiserhöhungen für Nahrungsmittel und die entsprechenden „Lohnregelungen“ mit der Ausrufung von Streiks antworteten und auf die Straßen zogen, um die Machthaber zur Widerrufung ihrer Beschlüsse aufzufordern. Wiederum endete die Revolte mit einem Blutbad, dem brutale Repressionen folgten. Und nochmals sollte sich das gleiche Bild, diesmal in Ursus, Warschau und in Radom — im Sommer 1976 — wiederholen.

Während es dreimal gelungen war, die Arbeiterrevolten gewaltsam zu beenden, um dann — da schließlich die Produktion wieder aufgenommen werden mußte — Fehler der jeweils alten Führung in die Schuhe zu schieben, schien die Auflehnung der Arbeiterschaft im Sommer 1980 zunächst einen anderen Lauf zu nehmen. Die Arbeiter hatten aus den bitteren Erfahrungen und den dreimaligen Niederlagen zwei Lehren gezogen: erstens, ohne eine eigene, vom etablierten Partei- und Staatsapparat unabhängige Organisation wird sich an ihrer Lage auf Dauer kaum etwas ändern; zweitens, die frühere Spaltung der Reformbewegung in Arbeiter und Intellektuelle war nach 1976 sukzessive überwunden worden, nachdem eine Reihe von kritischen Angehörigen der Intelligenz durch die Gründung eines „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ ihre Solidarität mit den verfolgten Fabrikangehörigen unter Beweis gestellt hatten. Was bedeutete aber die Zusammenarbeit von Hand- und Kopfarbeitern, wie konnte die zum ersten Mal in Osteuropa von unten entstandene Massenbewegung für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsreform, deren Hauptträger die unabhängige Gewerkschaftsorganisation „Solidarność“ darstellte, eine tragfähige Konzeption einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erneuerung erarbeiten?

In diesem Beitrag soll die Problematik der ökonomischen Reform in den Vordergrund gerückt werden, denn ohne einen Genesungsprozeß der tief darniederliegenden polnischen Wirtschaft war und ist keine dauerhafte Erneuerung der polnischen Gesellschaft denkbar.

#### Das Versagen des zentral-administrativen Planungssystems

Zunächst ist zu fragen, inwieweit das Versagen des Wirtschaftssystems in Polen eine spezifische Erscheinung dieses Landes darstellt oder ob nicht das von der Sowjetunion übernommene zentralistische Planungsmodell von vornherein für die Lösungen einer sozialistischen Industriegesellschaft unangemessen ist. Betrachten wir die Entwicklung anderer Länder Osteuropas, dann stellt sich auf den ersten Blick heraus, daß in diesen Volkswirtschaften in zunehmendem Maße ähnliche Schwierigkeiten auftauchen wie in Polen. So war vor allem in den früheren 60er

Jahren insbesondere in der Tschechoslowakei und der DDR, aber bis zu einem gewissen Grad auch in den weniger entwickelten Ländern, eine Wachstums- und Versorgungskrise bemerkbar, die sehr früh die Notwendigkeit einer Reformierung des zentral-administrativen Planungssystems offenlegte.<sup>2</sup> Die tagtäglich zu beobachtenden Funktionsschwächen dieser überzentralisierten, bürokratisch gelenkten Planwirtschaft bestanden zum einen in einer permanenten Verschwendung der eingesetzten produktiven Ressourcen - der Energie, der Rohstoffe und Halbfabrikate, der Investitionsmittel und der Arbeitskräfte, zum anderen in einer unzureichenden Anpassungsfähigkeit der Produktionsstruktur an die Struktur des Bedarfs und zwar sowohl im Konsumgütersektor, als auch im Bereich der Investitionsgüter und Zwischenprodukte und schließlich in einer Innovationsträgheit, die Neuerungsprozesse in bezug auf Produktionsverfahren sowie hinsichtlich neuer Produkte verhinderte.

Bereits um die Mitte der 50er Jahre hatten namhafte Wirtschaftswissenschaftler in Polen (Oskar Lange, Michal Kalecki, Wlodimierz Brus u. a.) theoretisch begründet, daß ohne eine radikale Dezentralisierung des Systems und eine Verbindung plan- und marktwirtschaftlicher Elemente die Mängel des zentralistischen Planungsmodells nicht überwunden werden können. Tschechoslowakische, ostdeutsche und ungarische Ökonomen setzten die Reformdiskussionen in den 60er Jahren fort, vertieften die Schlüssigkeit der Argumentation und erarbeiteten Konzepte dezentral gelenkter sozialistischer Wirtschaftssysteme.<sup>3</sup>

Wenn nun die Realisierung dieser Entwürfe immer wieder in den einzelnen Ländern - mit einer gewissen Ausnahme Ungarns — auf Hindernisse stießen, so waren diese Barrieren in erster Linie in den politischen Verhältnissen verankert. Es widerspricht nämlich den Interessen der Machthaber, in irgendeinem gesellschaftlichen Bereich und folglich auch in der Wirtschaft die Entscheidungskompetenzen von den leichter kontrollierbaren Zentralinstanzen auf niedrigere Entscheidungsträger zu delegieren. An dieser Stelle wollen wir uns mit der Bemerkung begnügen, daß die gegenwärtig zunehmenden Krisenerscheinungen in der Sowjetunion, in Rumänien, der CSSR und insbesondere in Polen in zunehmender Deutlichkeit belegen, daß das traditionelle zentralistische System der Planung und Leitung in Osteuropa versagt.

### Fehlleistungen der polnischen Industrialisierungsstrategie

Es stellt sich nun die Frage, wieso die wirtschaftliche Entwicklung Polens insbesondere in den letzten drei Jahren im Vergleich zu den übrigen Partnerländern noch weit ungünstiger erscheint und gegenwärtig in eine schier unüberwindbare Krise

---

<sup>2</sup> Jiří Kosta, Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis, Opladen 1974, insbes. S. 33ff., 74ff., 119ff.

<sup>3</sup> Dazu vgl. u. a.: Helmut Leipold (Hrsg.), Sozialistische Marktwirtschaften, München 1975; Karl C. Thalheim, H.-H. Höhmann (Hrsg.), Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Köln 1968.

hineingeraten ist. Die Antwort auf diese Frage lautet: Über die bereits erwähnten negativen Auswirkungen des osteuropäischen Planungssystems hinaus sind der Parteiführung Giereks, die nach den 1970er Ereignissen die Gruppe um Gomulka ablöste, verhängnisvolle Fehler auf dem Gebiet der Industrialisierungsstrategie unterlaufen.<sup>4</sup> Man meinte, durch eine umfassende Modernisierung der polnischen Volkswirtschaft gleichzeitig die einheimische Produktion von Konsumgütern und von Agrarprodukten mit Hilfe massiver Technologieimporte aus dem Westen nicht nur ankurbeln, sondern in relativ kurzer Zeit erheblich steigern zu können. Daß nicht nur Einfuhren moderner Anlagen und Ausrüstungen, sondern sehr bald auch große Mengen von Nahrungsmitteln und Industriewaren zu importieren sein werden, hatte man jedoch nicht in Rechnung gestellt. Das Versagen der Industrie- und Agrarproduktion, hier v. a. die Benachteiligung der privaten Landwirte (seit 1956 bewirtschafteten nach einer vorübergehenden Zeit der Zwangskollektivierung wieder Einzelbauern etwa 80 % der Nutzfläche) war eben nur aufgrund der unverändert alten Planungs- und Leitungsformen möglich. Die verheerenden Konsequenzen der überspitzten, durch Kredite finanzierten Modernisierungspolitik sind bekannt: Die Höhe der Restverschuldung betrug zum Ende der Jahre (jeweils in Mrd. US-Dollar) 1973 2,8, stieg 1975 auf das Doppelte an (7,6), verdoppelte sich nochmals 1977 (14,3) um gegenwärtig mindestens 27 Mrd. US-Dollar zu erreichen.<sup>3</sup>

In diesem Zusammenhang wird von Kritikern der Verhältnisse innerhalb des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ („RGW“ = der Wirtschaftsblock der Warschauer-Pakt-Staaten) darauf hingewiesen, daß eine der zentralen Ursachen für das Darniederliegen der polnischen Wirtschaft in einer zunehmenden Ausbeutung Polens durch die Sowjetunion bestünde. Ohne bestreiten zu wollen, daß die Sowjetunion im RGW aufgrund ihrer politischen Vormachtstellung eine Reihe von eigenen Interessen durchzusetzen vermochte und vermag, sind nicht alle Überlegungen, die in diesem Zusammenhang genannt werden, schlüssig. So kann aus dem Wechselkurs von Zloty/Transferrubel allein nicht auf eine für Polen schädliche Währungsparität geschlossen werden, da es hier lediglich um eine bilaterale, nichtkonvertierbare Verrechnungseinheit geht. Wichtiger sind die Preisrelationen: Hier gelten aufgrund der Vereinbarungen im Intra-RGW-Handel im allgemeinen „Weltmarktpreise“, d. h. die gegenwärtig relevanten Preise auf den wichtigsten internationalen Märkten im Westen, wobei z. B. für Erdöl seit 1975 die durchschnittlichen Weltmarktpreise der vergangenen fünf Jahre berechnet werden. Insofern stehen die aus der Sowjetunion Öl importierenden Länder einerseits ungünstig da, weil eben die Rohstoffimporte (die vorwiegend aus der UdSSR geliefert werden) im Vergleich

---

4 Włodzimierz Brus, Ziele, Methoden und politische Determinanten der Wirtschaftspolitik Polens 1970 — 1976, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln. 49/1978

5 Rudolf Herlt, Der große Bruder ist knapp bei Kasse. Die Zeit 7/1982. S. 24

6 Die meisten der folgenden Ausführungen stützen sich auf Aussagen des (ehemaligen) polnischen Parteifunktionärs Rajski. Dazu vgl.: Marian Rajski, Deshalb ging Polen pleite, Zeitbild (Bern) 1/1982. S. 2; weitere Aussagen von Rajski zitiert in: Der Spiegel 9/1981. S. 118ff.

zu Fertigwaren (die vor allem in die Sowjetunion aus den kleineren Ländern exportiert werden) teurer geworden sind, andererseits bringt jedoch die Streckung der Preissprünge auf mehrere Jahre einen gewissen Vorteil für die RGW-Partner, die für das importierte Öl den Sowjets weniger zahlen als sie dies gegenüber den OPEC-Ländern aufgrund der jeweiligen Weltmarktpreise tun müßten.

Versucht man die Vor- und Nachteile der polnischen Position im Hinblick auf die Preisrelationen gegenüber der Sowjetunion auf einen Punkt zu bringen, dann gilt, daß sich die „terms of trade“, d. h. das Verhältnis von Import- zu den Exportpreisen, in den 70er Jahren für Polen dauernd verschlechtert haben. Dies ist nicht nur eine Folge der sehr viel stärker gestiegenen Rohstoffpreise im Vergleich zu den relativ stabilen Preisen für Fertigwaren. Auch der Preisanstieg der polnischen Rohstoffe, insbesondere der Exportkohle, konnte mit der Anhebung der Preise für sowjetisches Erdöl nicht Schritt halten: So bekamen z. B. die Polen 1972 noch für eine Tonne ihrer Steinkohle eine Tonne Sowjetöl, während die gleiche Menge des sowjetischen Öls 1979 durch mehr als doppelt so viel Kohle abgegolten werden mußte. Dieser ungünstige Trend der Preisrelationen galt in noch krasserem Maß für die Lieferungen polnischer Fertigwaren wie etwa Schiffe, Maschinen u. a. m. Inwieweit dieser „Ausbeutungseffekt“ auf die Weltmarktsituation und/oder auf die stärkere ökonomische bzw. politische Verhandlungsposition der Sowjets gegenüber den Polen zurückzuführen ist, läßt sich schwer ausmachen. Jedenfalls waren all diese Faktoren mit im Spiel.

Was jedoch immer für die kleineren Länder Osteuropas von Nachteil war und ist, sind die langfristigen Strukturentscheidungen, die die Sowjetunion im eigenen Interesse im RGW durchzusetzen vermag. So sollen z. B. große polnische Exportlieferungen in die Sowjetunion erzwungen worden sein, die überwiegend mit Hilfe von Hartwährungsimporten aus dem Westen nach Polen hier weiter bearbeitet wurden. Dazu einige Beispiele:

- Aus französischem Material und aus Blaupausen für eine Autobusfabrik wurden stark zunehmend polnische Fertigbusse in die Sowjetunion geliefert;
- von 1974 bis 1977 vervierfachte sich der polnische LKW-Export in die UdSSR, die in von Österreich und Schweden gelieferten Fabrikanlagen hergestellt wurden;
- bekannt ist der PKW-Betrieb des Fiat-Konzerns, aus dem Traktoren und Personenautos in die Sowjetunion geliefert wurden.

Diese und viele andere Beispiele deuten an, wie sehr das devisenarme Land, das eine Reihe von Engpaßerzeugnissen keineswegs aus der Sowjetunion, sondern nur aus dem Westen erhalten kann, zusätzlich seitens der Sowjetunion belastet wurde.

Die verfehlte Industrialisierungsstrategie Giereks kann weder export- bzw. kreditfreudigen kapitalistischen Unternehmern des Westens in die Schuhe geschoben werden, wie dies ein Teil der Neuen Linken tut, noch ist sie einzig und allein eine Folge der Durchsetzungskraft sowjetischer Interessen, wie dies westlicherseits ab und zu dargestellt wird. Polens Wirtschaftspolitiker überschätzten maßlos die Antriebskräfte der eigenen Volkswirtschaft, die sie zu reformieren nicht bereit waren. Das Zusammenspiel des funktionsschwachen Planungssystems und der allzu ehrgeizigen Modernisierungsstrategie führte letztlich zu der krisenhaften Entwicklung der letzten Jahre.

### Stetige Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung

Die folgende Tabelle deutet darauf hin, daß sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die wirtschaftliche Entwicklung Polens dauernd verschlechterte, um im Jahre 1981 katastrophale Ausmaße anzunehmen. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des „Produzierten Nationaleinkommens“ (nach östlicher Definition: Summe aller Güter und produktiver Dienstleistungen) stieg von 6% (im Vergleich zu westlichen Sozialproduktberechnungen müßte diese Zahl vermutlich um etwa 2% herabgesetzt werden) auf nahezu 10% am Anfang der 70er Jahre. Dieses außergewöhnliche Wachstum ist allerdings auf Pump — infolge der Westkredite — erzielt

### Indikatoren der polnischen Wirtschaftsentwicklung

	Jahresdurchschnittliches Wachstum in v. H.				Wachstum gegenüber Vorjahr in v. H.		
	1951–1960	1961–1970	1971–1975	1976–1978	1979	1980	1981 <sup>1</sup>
Produziertes Nationaleinkommen	7,6	6,1	9,8	4,9	-2,3	- 4,0	- 13
Industrielle Bruttoproduktion	12,2	8,4	10,5	6,9	2,5	- 1,3	- 12,6
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	2,4	2,3	3,7	1,5	- 1,5	- 9,6	+ 4,1
Bruttowert der Bauproduktion	9,0	7,7	13,9	3,1	- 2,8	- 12	- 16
Bruttoanlageinvestitionen	10,0	7,4	18,4	2,7	- 7,0	- 10,5	- 25
Reallohn der Arbeiter und Angestellten	5,2 <sup>2</sup>	1,8	7,2	1,1	2,1	3,0	ca. - 5

<sup>1</sup> Vorläufige Zahlen <sup>2</sup> 1956–60.

Quellen:

Rocznik statystyczny (Statistisches Jahrbuch), Warschau 1970, 1980; Bericht des Hauptamtes für Statistik, Warschau 1981, Rzeczpospolita vom 29. 1. 81.

worden und barg bereits die künftige Probleme in sich. Von 1976 bis 1978 gingen zwar die Wachstumsraten zurück (insbesondere in der privaten Bauernwirtschaft), erreichten aber erst ab 1979 negative Werte. Im Jahre 1981 sank das Nationaleinkommen sogar um 13%.

Der abrupte Rückfall im Jahre 1981, der sich bereits 1980 abzeichnete, wird seitens der offiziellen Propaganda durch die Streikwelle sowie die zunehmende Arbeitsunlust der polnischen Arbeiter begründet. Sicherlich ist der durch die Konfrontation bedingte Ausfall von Arbeitsstunden mit in Betracht zu ziehen. Gesamtwirtschaftlich gesehen spielt jedoch dieser Umstand im Vergleich zu den anderen Faktoren — den wachsenden Tilgungs- und Zinsbelastungen, den notwendigen Importdrosselungen, den damit zusammenhängenden allseitigen Engpässen, die weitere Kettenreaktionen hervorriefen — kurz, im Vergleich zum totalen Versagen des Wirtschaftssystems — letztlich keine entscheidende Rolle. Schließlich ist denjenigen, die das Argument der „Faulheit“ der polnischen Arbeiter in den Vordergrund rücken, zu antworten: Wären die Reformvorstellungen der verschiedensten Gruppen, die in der Öffentlichkeit diskutiert wurden und die sich auch die Gewerkschaften zum Großteil zu eigen gemacht hatten, akzeptiert worden, dann hätte dies eine völlig andere Verhaltensweise der Arbeiter und Angestellten hervorgerufen. Anstelle des permanenten Widerstandes der Bevölkerung und der ständigen politischen Unruhen hätte eine positive Wende in bezug auf Arbeitsmotivationen Platz greifen können. Das tschechoslowakische Beispiel von 1968 hat eindeutig gezeigt, daß das Engagement der Bevölkerung bei zunehmender Demokratisierung der Gesellschaft Initiativen und Motivationen freisetzt, die einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichen.<sup>7</sup>

### Ansätze zur Wirtschaftsreform und deren Scheitern

War also noch am Anfang der 70er Jahre die damalige polnische Parteiführung irrigerweise der Auffassung, daß die in die Wege geleitete Strategie der forcierten Importmodernisierung ohne eine weitergehende binnenwirtschaftliche Reform des Planungssystems einen dauerhaften, stabilen Aufschwung ermöglichen würde, dann wurde sie durch die spätere Entwicklung Lügen gestraft. Geringfügige Korrekturen der Planungs- und Leitungsorganisation konnten eben den nach 1978 sichtbaren Abwärtstrend keineswegs stoppen. Im Jahre 1980 fand jedoch der Ruf von Experten nach einer radikalen Reformierung der Wirtschaftsordnung im Sinne der Vorschläge von 1956 die notwendige Resonanz bei der breiteren Öffentlichkeit, nicht zuletzt innerhalb der neuen Gewerkschaftsbewegung.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Jiří Kosta. Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945 — 1977, Frankfurt 1978. S. 113ff.

<sup>8</sup> Jiří Kosta. Wirtschaftsreformen und Entscheidungspartizipation in Osteuropa: Das Beispiel Polens und der Tschechoslowakei, in: Hans G. Nutzinger (Hrsg.). Mitbestimmung und Arbeiterselbstverwaltung, Frankfurt 1982 (in Druck).

Nachdem im November 1980 die polnischen Ökonomen eine Reihe umfassender Reformentwürfe veröffentlicht hatten, ergriff auch die Partei- und Staatsführung aufgrund des Drucks von unten eine neue Initiative und ließ von einer „erweiterten Regierungskommission“ im Januar 1981 ein offizielles Reformdokument anfertigen, das mit Hilfe der Massenmedien der Bevölkerung zur Diskussion vorgelegt wurde. Ergänzend zu diesem Regierungsprojekt wurden im März zwei Gesetzesvorschläge (über eine neue Unternehmensverfassung und über eine betriebliche Selbstverwaltung) publiziert. Von einem bevorstehenden außerordentlichen Parteitag erwartete man spätestens im Sommer 1981 grünes Licht für die Endfassung einer Systemreform.

Während die Grundzüge dieses polnischen „Plan-Markt-Modells“ offiziellerseits als dem 1968 in Ungarn realisierten dezentralen Lenkungssystem ähnelnd interpretiert wurden, wobei man einige Elemente der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung zu übernehmen bereit war, zeigt ein genauerer Vergleich der polnischen Entwürfe von 1981 deutliche Ähnlichkeiten mit dem im Prager Frühling von 1968 diskutierten und in Ansätzen bereits realisierten Konzept einer neuen Wirtschaftsordnung. Dieses war gekennzeichnet durch eine Verbindung volkswirtschaftlicher Rahmenplanung, staatlicher Wirtschaftspolitik und eingebauten Marktmechanismen, wobei die betrieblichen Entscheidungsträger in der CSSR als „Werkstätigenräte“, in Polen als „Belegschaftsräte“ bezeichnet wurden. Eine Aufgabe dieser, von den Gewerkschaften nachdrücklich geforderter Selbstverwaltungsorgane sollte es sein, die Direktoren der Unternehmungen zu wählen, ein Umstand, der in Polen im Unterschied zur Tschechoslowakei bis zur Verabschiedung der Gesetze im September 1981 ein ständiger Streitpunkt zwischen der Parteiführung auf der einen und der *Solidarność* auf der anderen Seite blieb. Der letztlich vereinbarte Kompromiß lief darauf hinaus, daß in „staatlichen Schlüsselbetrieben“ die Betriebsleiter von den staatlichen Instanzen, in den übrigen Unternehmungen von dem Belegschaftsrat zu benennen wären.

Die Rahmenbedingungen, in denen sich noch vor einigen Monaten die Reformchancen in Polen abzeichneten, unterschieden sich in zwei wichtigen Punkten von der tschechoslowakischen Situation der Jahre 1967-68: Erstens befand sich die Wirtschaft der Tschechoslowakei damals in einer Aufschwungsphase, die Verbesserungen des Lebensstandards bereits vorweisen konnte und eine weitere reale Anhebung des Lebensstandards in Aussicht zu stellen vermochte; zweitens schlug die tschechoslowakische Wirtschaftsreform, die „von oben“ eingeleitet worden war, allmählich — wenngleich erst in ihrer Spätphase — in eine Demokratisierungsbewegung um, die im Sommer 1968 noch vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen als Bündnis der Führung mit der Bevölkerung bei wachsendem Druck von unten interpretiert werden kann.

Es erübrigt sich, die krassen Unterschiede gegenüber der gegenwärtigen polnischen Situation besonders herauszustellen. Sowohl die fortschreitende Wirtschaftskrise als auch die von Anfang an als Massenbewegung „von unten“ auftretende soziale Kraft, die die Machthaber ständig unter Druck setzte, stellte eine völlig andere Konstellation dar, als sie sich seinerzeit in der Tschechoslowakei ergeben hatte.

Für eine erfolgreiche Inangriffnahme der Wirtschaftsreform in Polen bedeuteten beide Umstände - die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft und der Druck der Basis - von vornherein, daß ein Zögern oder gar ein Widerstand der polnischen Partei- und Staatsführung das Mißtrauen der breiten Bevölkerungsmassen erhöhen mußte. Dies aber legte die Arbeitsmotivation in zunehmendem Maße lahm, ein Umstand, der die ökonomische Lage des Landes keineswegs verbessern konnte. Nicht die Streiks an sich, sondern die sich steigernde Entfremdung der Arbeiterschaft gegenüber der etablierten Macht zog das Land in den Jahren 1980/81 wirtschaftlich immer tiefer in die Krise. Dabei verschlechterte sich die sowieso fatale Versorgung der Bevölkerung, was wiederum die angedeuteten negativen Verhaltensweisen der Arbeiter und Angestellten in den städtischen Betrieben und der Bauern auf dem Lande verstärkte und damit wiederum die ökonomische Entwicklung weiter beeinträchtigte.

Unter diesen Bedingungen wählte die Regierung Jaruzelski nicht diejenige Alternative, die einzig und allein dazu geführt hätte, einen langfristig angelegten und zugegebenermaßen auch langwierigen Genesungsprozeß der polnischen Wirtschaft in Gang zu setzen, nämlich die Realisierung der im Herbst 1981 mit der Solidarność in ihren Grundzügen zum Großteil abgestimmten Wirtschaftsreform, deren Konzept die Verbindung eines Plan-Markt-Modells mit betrieblicher Selbstverwaltung darstellte. Die Entscheidung der Staatsführung fiel zugunsten der genau gegenteiligen Alternative, einer Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, damit auch der Wirtschaft.

Die Reformdebatten sowie die konkreten Maßnahmen, die zur Realisierung des neuen Wirtschaftssystems führen sollten, wurden ungeachtet der im September 1981 vom polnischen Parlament verabschiedeten Gesetze über die neue Betriebsverfassung und über die Selbstverwaltung der Belegschaften abrupt unterbrochen. Zwar wird von den gegenwärtigen Machthabern ab und zu beteuert, man wolle die Wirtschaftsreform nach wie vor verwirklichen, und es ist auch durchaus möglich, daß unter der Bezeichnung einer „ökonomischen Reform“ einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen wie etwa Preisanhebungen (die übrigens während des Kriegszustands bereits in radikaler Weise durchgeführt wurden), die stärkere Anwendung von monetären Lenkungsinstrumenten, da und dort eine Kompetenzerweiterung der Betriebe u. a. m. künftig beschlossen werden. Es würde jedoch m. E. der Logik

JIŘÍ KOSTA

des wiederetablierten politischen Herrschaftssystems völlig widersprechen, wenn eine weitergehende Dezentralisierung der betrieblichen Entscheidungsspielräume, wie sie etwa in Ungarn durchgesetzt wurde, eingeleitet werden sollte. Und erst recht ist nicht denkbar, daß eine echte Arbeiterselbstverwaltung, wie sie von den unabhängigen Gewerkschaften gefordert wurde, eingeführt werden könnte.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kriegsrechts, das im besten Fall in ein „mäßig repressives“ politisches System sowjetischen Typs umgewandelt werden könnte, ist ein „Polnischer Frühling“ auch im wirtschaftlichen Bereich nicht in Sicht.